



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Klare Signale aus Piesteritz: Ministerpräsident Sven Schulze und EU-Agrarkommissar Christophe Hansen fordern faire Bedingungen für Industrie und Landwirtschaft

Magdeburg/Wittenberg. Ministerpräsident Sven Schulze hat heute gemeinsam mit EU-Agrarkommissar Christophe Hansen die SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH in Lutherstadt Wittenberg besucht. Gespräche mit der Geschäftsführung, eine Werksführung und eine Pressekonferenz machten deutlich: Der Standort steht exemplarisch für die Verbindung von Landwirtschaft, Industrie und europäischer Politik.

Klare Erwartungen an Europa und Bund

Im Zentrum des Austauschs standen drei Punkte: die Zukunft der Düngemittelproduktion, faire Wettbewerbsbedingungen für energieintensive Industrien und praktikable Vorgaben für die Landwirtschaft.

- Die SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH ist zentral für die Versorgung der Landwirtschaft und damit für die Ernährungssicherheit in Europa.
- Hohe Energiepreise und steigende CO₂-Kosten setzen die Ammoniakproduktion unter erheblichen Druck.
- Düngevorgaben müssen praktikabel sein und Innovation ermöglichen statt verhindern.
- Technologien wie CO₂-Nutzung (CCU) und effiziente Düngesysteme sind Teil der Lösung für Klima- und Umweltschutz.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Sven Schulze: „Wir brauchen jetzt klare politische Entscheidungen: Der Emissionshandel muss so ausgestaltet werden, dass er Wettbewerbsfähigkeit sichert und die industrielle Produktion in Europa hält. Wenn Produktion abwandert, ist weder dem Klima noch unserer Versorgung geholfen. Gleichzeitig müssen wir Innovationen endlich stärker in den Mittelpunkt rücken. Technologien wie die Nutzung von CO₂ und effiziente Düngesysteme sind Teil der Lösung – sie müssen politisch gewollt und gezielt gefördert werden.“

EU-Agrarkommissar Christophe Hansen: „Die Aufrechterhaltung eines starken Düngemittelproduktionssektors in

Europa ist für unsere Ernährungssicherheit, unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Souveränität von entscheidender Bedeutung. Die EU benötigt dringend eine stabile Energieversorgung und langfristige Investitionen, um die Düngemittelproduktionskapazitäten Europas zu erhalten. Dies erfordert koordiniertes Handeln auf allen Ebenen. Die Europäische Kommission setzt sich dafür ein, die Produktion von kohlenstoffarmen Düngemitteln auszuweiten, langfristige Investitionen zu sichern und die Markttransparenz zu verbessern. Sie wird in diesem Frühjahr den Düngemittel-Aktionsplan vorlegen, um die Düngemittelproduktion in der EU zu stärken und die Landwirte zu unterstützen. Im Vorfeld dazu veranstalten wir am Montag, dem 13. April, einen hochrangigen Dialog mit allen Akteuren der Düngemittelkette, um Beiträge zu den zu behandelnden Erfordernissen zu sammeln und mögliche Wege für den Düngemittel-Aktionsplan zu erörtern.“

Petr Cingr, CEO SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH: „Vielen Dank an Kommissar Hansen und Ministerpräsident Schulze, dass sie den schwierigen Herausforderungen eines systemrelevanten Unternehmens Gehör geschenkt haben. Unser Appell an die Politik auf Bundes- und EU-Ebene ist klar und deutlich: Alle Initiativen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in der EU gefährden, müssen sofort gestoppt werden. Dazu gehören die Reform der ETS-Benchmarks, die geplante Abschaffung der kostenlosen CO₂-Zertifikate und die Reform der Methanverordnung. Wir können keine weiteren Belastungen tragen.“

Anhang: Foto (Quelle: Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt/ Doreen Ritzau)

Von links: Geschäftsführer SKW Piesteritz Carsten Franzke, Geschäftsführer SKW Piesteritz Petr Cingr, Ministerpräsident Sven Schulze, EU-Agrarkommissar Christophe Hansen, Geschäftsführerin SKW Piesteritz Antje Bittner, Minister Michael Richter

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch auf der zentralen Plattform des Landes www.sachsen-anhalt.de, in den [sozialen Medien](#) über [X](#), [Instagram](#), [YouTube](#) und [LinkedIn](#) sowie über [WhatsApp](#)



Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de